



LINKS TG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
191 · Ausgabe TG · November 2020



Mit allen, nicht mit wenigen

Wie gestalten und prägen wir die kantonale SP-Politik in der laufenden Legislatur? Um dies zu klären, trafen sich am 23. Oktober ein Dutzend Kantonsrätinnen und Kantonsräte mit der Geschäftsleitung zur Retraite unter der Leitung des Moderators Ronald Isler, langjähriges SP-Mitglied und Führungscoach aus Altnau.

Die Kantonalpräsidentin, Nina Schläfli, hielt zu Beginn Revue auf die letzte Legislatur. Was ist uns gut gelungen, wo sind Optimierungen schon eingeleitet. Die Geschäftsleitung hat bereits im Vorfeld ein Pflichtenheft erstellt und strategische Eckpfeiler für ihre spezifischen Aufgaben gesetzt. Die Fraktion soll herauskristalisieren, welche Schwerpunkte sie setzen will und welche Vorstösse bzw. Vorstosspakete zu einer sichtbaren und nachhaltigen sozialdemokratischen Politik führen können. Eine Herkulesaufgabe? Nicht, wenn alle mitmachen statt nur wenige. Dabei ist nicht nur die Fraktionsgemeinschaft gemeint, sondern vielmehr



Edith Wohlfender
Kantonsrätin, Kreuzlingen

eine gute Vernetzung über alle Ebenen hinweg – ein Miteinander der Mitglieder in den Sektionen der SP-Gemeindeparlamentarier*innen und SP-Amtsträger*innen, um unsere Anliegen zu bündeln. Eine Idee dazu sind Vorstösse innerhalb einer Gesamtkampagne auf kantonaler und kommunaler Ebene. Ähnlich, wie es schon bei der Kampagne für die Unterzeichnung der Charta für die Unterzeichnung der Charta für Lohngleichheit funktionierte.

Spannende Fragen noch und noch

Das verbindende Element sozialdemokratischer Politik ist die soziale Gerechtigkeit. Welchen Ansatz formulieren wir bei Umweltthemen in Bezug auf «sozial» und «gerecht»? Wie können wir bei Bildungsthemen die Kluft zwischen einkommensstarken und wenig verdienenden Familien thematisieren? Braucht es neue Weiterbildungsmodelle für die digitalisierte Gesellschaft? Welche gesundheitspolitischen Anliegen sind für uns zentral? Zur Gleichberechtigung und zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit sind

in der letzten Legislatur einige Vorstösse gemacht worden, aber es gibt insbesondere bei der Kinderbetreuung noch viel zu tun.

Nach vier Stunden regem Austausch ist der «rote Faden» gefunden. Jetzt gilt es, die Themen knackig zu formulieren, konkrete Vorstösse und eine Kampagne auszuarbeiten und mit allen, nicht nur mit wenigen gute Lösungen für einen fortschrittlichen Thurgau zu erkämpfen.

Das verbindende Element sozialdemokratischer Politik ist die soziale Gerechtigkeit.



«Meinungsfreiheit und Grundrechte Rechtsradikale tolerieren und den Gesundheitsschutz anderer ignorieren»

AM 3. UND 4. OKTOBER WOLLTEN TAUSENDE SOGENANNT «QUERDENKER» IN KREUZLINGEN UND KONSTANZ ZU EINER MENSCHENKETTE UND DEMONSTRATION GEGEN DIE MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DER CORONA-PANDEMIE ZUSAMMENKOMMEN. NACHDEM RECHTSEXTREME VERSTRICKUNGEN DER «QUERDENKER» BEKANNT WURDEN, ORGANISIERTE EIN BREITES INTERNATIONALES BÜNDNIS ZAHLEICHIGE GEGENDEMOS AUF BEIDEN SEITEN DER GRENZE. DIE SP KREUZLINGEN RIEF AM SAMSTAG UND SONNTAG ZU KUNDGEBUNGEN GEGEN RECHTSEXTREME UMTRIEBE UND FÜR DEN GESUNDHEITSSCHUTZ AUF. DIE NEUE PRÄSIDENTIN DER SP KREUZLINGEN, CHARIS KUNTZEMÜLLER-DIMITRAKOUDIS, UND ELINA MÜLLER, VIZEPRÄSIDENTIN, BRACHTEN IHRE SOZILADEMOKRATISCHE HALTUNG UND SICHT DER DINGE IN EINER GEMEINSAMEN REDE ZUM AUSDRUCK.

Wir sind hier, weil wir für die Meinungsfreiheit und die Grundrechte aller eintreten. Unser aller Freiheit und unsere Grundrechte schützen können wir aber nur, wenn wir aufeinander Rücksicht nehmen. Dies gilt besonders in dieser für alle neuartigen Krise. Jede und jeder ist von der Pandemie in irgendeiner Form betroffen. Viele Menschen trifft es hart. Auch schränken die Corona-Massnahmen ein, Existenzen sind bedroht. Verschiedenste Schicksale machen uns betroffen. Die staatlichen Massnahmen zur Eindämmung der Pandemie dürfen selbstverständlich kontrovers diskutiert werden.

Dabei dürfen wir aber nicht aus den Augen verlieren, dass es unser gemeinsames gesellschaftliches Interesse ist, nicht von dieser Pandemie überwältigt zu werden. Nur



e ja –
ren – nein!»



Rede von
Charis Kuntzemüller-
Dimitrakoudis
und Elina Müller

wenn wir die Pandemie im Griff haben, sind wir in der Lage, besonnen und demokratisch Entscheidungen zu treffen. Viele Krankheitsfälle, viele Schwerkranke, viele frühzeitig Verstorbene führen nicht nur zu grossem individuellem Leid, sondern auch zu einem Klima aus Misstrauen und Angst.

Und ja, es gibt Stimmen, welche Corona als weit weniger gefährlich einstufen, welche die allgemeine Vorsicht als Hysterie und folglich die Vorsichtsmassnahmen als unnötig oder gar schädlich empfinden. Auch diese Meinungen sollen sich Gehör verschaffen dürfen. Einige sorgen sich um unsere Grund- und Freiheitsrechte. Hier müssen wir die Entwicklung genau im Auge behalten. Genauso gilt es jedoch zu respektieren, dass die Mehrheit der Menschen andere Positionen als plausibler einschätzt; diejenigen, welche in der Epidemie eine reale Gefahr sehen und zu Vorsicht anraten. Abwägungen und Diskussionen sind notwendig und sinnvoll. Eine pauschale Verharmlosung der Krankheit aber muss sich für Menschen aus stark betroffenen Regionen wie blanker Hohn anhören.

Demokratie ist ein ständiges, nie endendes Aushandeln über Zielsetzungen, Priorisierungen und das richtige Vorgehen. Wer findet, dass die eigenen Anliegen im gesellschaftlichen und politischen Diskurs zu wenig beachtet werden, der oder die muss sich dafür einsetzen, ihnen Gehör zu verschaffen. Es gibt viele Möglichkeiten, sich für seine Anliegen einzusetzen, aber es ist ein langwieriger, manchmal auch unfairer Prozess.

Viele aus der «Querdenker»-Bewegung nehmen einen einfacheren Weg. Sie behaupten, die einzige Wahrheit erkannt zu haben. Und weil diese ihre Wahrheit ihrer Meinung nach zu wenig Beachtung in Politik, Medien und Wissenschaft findet, tun sie sie pauschal als korrupt oder gar von geheimen Mächten gelenkt ab. Sie anerkennen nicht mehr, wie unterschiedlich und oft widersprüchlich die Wertvorstellungen und Anliegen der verschiedenen Menschen sind. Sie betrachten alle, welche nicht auf ihrer Linie liegen, als homogene Masse. Sie betrachten die Mehrheit der Bevölkerung als «Schlafschafe» und sprechen ihnen damit ab, mündige Bürgerinnen und Bürger zu sein, fähig, ihren Teil zu demokratischen Entscheidungen beizutragen. Damit entfernen sie sich von den Grundsätzen der Demokratie.

In offiziellen Statements distanzieren sich die «Querdenker» von extremistischem,

**Nur gemeinsam
können wir diese
Herausforderung
meistern.**

menschenverachtendem und faschistischem Gedankengut, besonders seit den Demonstrationen vom 1. und 29. August in Berlin. Wir hoffen, dies sind nicht nur Lippenbekenntnisse und den «Querdenkern» ist klar geworden, dass manche der ebenfalls gegen die Corona-Schutzmassnahmen Demonstrierenden nicht die Demokratie stärken wollen, sondern totalitäre Systeme anstreben. Wir bleiben vorerst skeptisch. Bisher konnte man eher den Eindruck gewinnen, nicht der Einsatz für Freiheit und Frieden ist das verbindende Element der Bewegung, sondern der grundsätzliche Widerstand gegenüber dem sogenannten «Mainstream». Und dass es dann zweitrangig ist, wenn völkische oder rassistische Vorstellungen hinter der Kritik stehen.

Die parallelen, allgemein geduldeten Kundgebungen von extremistischen, antidemokratischen und rassistischen Gruppierungen an den Demonstrationen in Berlin, aber auch an früheren, kleineren Demonstrationen von Corona-Skeptikern sind der Hauptgrund für unsere heutige Gegenkundgebung. Keine klare Ablehnung solchen Bewegungen gegenüber zu zeigen, hiesse, sie zu tolerieren. Das tun wir nicht und deshalb sind wir hier. Wir akzeptieren nicht, dass sich im Schatten der Kritik an Corona-Schutzmassnahmen antidemokratische Ideologien in die Mitte der Bevölkerung drängen.

Kreuzlingen, Konstanz und die Umgebung begreifen wir als Region und solidarisieren uns darum mit dem Konstanzer Bündnis «Spread Love not Corona». Das Bündnis umfasst rund 40 Parteien und Zivilorganisationen.

Covid-19 ist eine weltweite Krise. Sie erfordert von uns allen Solidarität und Rücksicht. Nur gemeinsam können wir diese Herausforderung meistern.

Grossratsgeflüster vom 21.10.20

Als Erstes standen in der Festhalle Rüegerholz einmal mehr die Einbürgerungen auf der Traktandenliste. Fünf Schweizer Bürger beantragten das Kantonsrecht des Thurgaus. Hier war die Zustimmung einstimmig. Bei den 229 Personen mit ausländischem Pass war es dann wie gewohnt: Die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion enthielt sich der Stimme und blieb in stummem Protest sitzen.

Danach wurde über die Aufstockung der Raumplanungskommission RPK diskutiert. Sie sollte um die Bereiche Umwelt, Verkehr und Energie erweitert werden. Das neue Konstrukt sollte dann «RUVEK» heissen. Unsere Vertreterin in der RPK, Christine Steiger, argumentierte, dass die Aufblähung trotz hehrer Absichten keinen Sinn ergebe. Gleicher Meinung war auch die Regierung. Es gäbe zu viel Arbeit für die

Kommissionsmitglieder, und nicht alle könnten genügend Zeit aufbringen für so viele zusätzliche Sitzungen. Mit Spezialkommissionen wäre man besser bedient. Am Schluss wurde der Antrag abgelehnt.

Dann wurde es nochmals interessant. In der letzten Ratssitzung hatten wir das Thema «Knaben an der Volksschule im Abseits» und nun kam ein Vorstoss, weil die Frauen an der Pädagogischen Hochschule respektive in den Klassenzimmern überhand nehmen würden. Der Grosse Rat diskutierte über die «Feminisierung der PHTG». Die Anfrage kam schon wie diejenige an der letzten Ratssitzung aus dem SVP-Lager. Bei den anschliessenden Voten war die Stimmung wie zu erwarten: Rot-Grün sah keinen Grund zur Beunruhigung, die rechte Ratshälfte fand den Zustand katastrophal. Wieder seien es die Knaben, denen eine star-



Martin Nafzger
Kantonsrat Romanshorn

ke Hand fehle, damit sie in die Gänge kämen respektive gute Schüler würden. Die Diskussionen dazu nahmen kein Ende. Am Schluss hielt Regierungsrätin Monika Knill klar fest, dass dieses Thema keine Sache des Kantons sei. Es würden genügend Anstrengungen unternommen, um den Lehrberuf ansprechender darzustellen.

Abschliessend wurde über nachhaltiges Investieren diskutiert. Hier ging es um Institutionen, bei denen der Kanton beteiligt ist, wie die Kantonalbank, EKT und Gebäudeversicherung. Obwohl es nicht einfach ist oder manchmal sogar unmöglich, die Geldströme zu verfolgen, äusseren sich alle RednerInnen wohlwollend über den Bericht und die Anstrengungen.

Eine leere Messehalle und eine Thurgauerin in der Geschäftsleitung der SP Schweiz



Julian Fitze
politischer Sekretär

Der Parteitag der SP Schweiz wurde erst vom Frühling auf den 17. Oktober verschoben und fand dann kurzfristig trotzdem hauptsächlich im virtuellen Raum statt. Wer selber für ein Amt kandidierte, für die Vizepräsidenten kandidierenden sprach oder am Vortag bereits an der Koordinationskonferenz der Kantonalparteien teilnahm, durfte trotzdem in der fast leeren Messehalle vor Ort teilnehmen. So etwas wie die übliche verbindende Parteitagsstimmung kam aber erst auf, als in den Sozialen Medien Beiträge von Genossinnen und Genossen aus der ganzen Schweiz erschienen, die den wichtigen Gesamterneuerungswahlen von zuhause aus beiwohnten.

SP-Thurgau-Präsidentin Nina Schläfli hatte vor rund 80 Genossinnen und Genossen in der Messehalle und etwa 600 Parteimitgliedern am heimischen Bildschirm gleich zwei Auftritte. Erst durfte sie die St. Galler Nationalrätin Barbara Gysi zur Wiederwahl ins Vizepräsidium empfehlen, anschliessend

stellte sich Nina selbst zur Wahl in die Geschäftsleitung der SP Schweiz. Beides gelang jeweils mit grossem Mehr, sodass nun erstmals seit langer Zeit wieder eine Thurgauerin in der Geschäftsleitung der SP Schweiz Einsitz nimmt.

Ein spannender Tag – nächstes Mal aber hoffentlich wieder mit allen Genossinnen und Genossen unter einem Dach. Mit allem, was dazugehört: Diskussionen, Begegnungen und ein grosses Fest.

